

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugpreis: Einzelnummer 60.— Mk. Durch Austräger 800.— Mk. pro Woche. Durch die Post 900.— Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Produktionsgenossenschaft. Redaktionssprechstunde: 5—6 Uhr nachmittags. — Postcheckkonto Nr. 810 59. — Fernsprech-Anschluss: Breslau, Ring 8837

Mittwoch, 7. Februar 1923

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile über deren Raum 50.— Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 15.— Mk. Kleine Anzeigen per Wort 3.— Mark. — Reklame: Die Millimeterzeile 2 gespaltelt oder deren Raum im Text 150.— Mark

An die Frauen und Mädchen.

Proletarierinnen! Arbeitende Frauen!

Wieder, wie 1914, schreit es „Krieg“ durchs Land. Die nationalistischen Horden glauben sich schon am Ziel ihrer Wünsche, ein Jammer um die deutsche Ehre geht an: „Friede geschah dem deutschen Volk!“

Die Franzosen einmarschiert vom Rhein bis zur Ruhr! Das Industriegebiet belegt, die reichste Mehrwertquelle der deutschen Wirtschaft!

Kein Wunder, daß Geschrei nach Rache und Krieg sich erhebt.

Das Vaterland ist in Gefahr!

Das Vaterland der Bourgeoisie ist nicht das Vaterland der Proletarier.

Aber, Proletarier, Eure Väter, Männer und Söhne sind es, Ihr Frauen des wertvollen Volkes, die, wie im Weltkrieg, so auch jetzt bluten sollen für die Sache der Bourgeoisie: Deshalb will man sie und Euch durch die mächtigste nationalistische Hehe für den „nationalen Krieg“ begeistern.

Die Kriegsschuld, die die Bourgeoisie nicht erfüllen will durch die Eingriffe in ihre Geldtäcke, obwohl sie von Millionengewinnen überdroll sind, soll jetzt mit Proletarierblut bezahlt werden. Der Auszahlung durch Hungerlöhne und Arbeitszeitverlängerung ist noch nicht genug.

Es ist Euer Blut, das vergossen werden soll. Ihr proletarischen Frauen, Ihr seid es, die durch den Mord an Euren Männern durch Elend, Leid und Brutalität des Krieges am schwersten betroffen werdet!

Und Ihr werdet jetzt noch schwerer getroffen als 1914, jetzt, in der furchtbarsten Wirtschaftskrise, die Euch von Tag zu Tag mehr dem Hunger, der Kälte und jeglicher Versorgung preisgibt. Während Ihr friert, weil Ihr die hochbezahlte Kohle nicht kaufen könnt, prellen die Kohlenbarone das Reich um 40 Milliarden, um die 40 Milliarden, die Euch abgezweigt worden sind, und an denen sie ungezählte Milliarden verdient haben.

Die Kohlen- und Industriefürsorge Deutschlands und Frankreichs machen im Ruhrgebiet gemeinsame Geschäfte — jetzt mehr als je. Wo der Profit anhängt, hört der nationalistische Haß auf. Aber mit ihrem nationalistischen Kriegsgeschrei wollen sie ihren Verrat verdecken.

Obert und Poincaré, Stinnes und Lübertac, sind einziger darüber, das deutsche Proletariat bis auf Blut auszulaugen, um so gemeinsam Geschäfte zu machen. Der Streit geht jetzt um den Eisenanteil am Profit, von dem die Proletarier nichts zu leben bekommen, weder die deutschen noch die französischen.

Das französische Proletariat leidet ebenso wie das deutsche unter den Folgen des Krieges. Die kommunistischen Arbeiterführer Frankreichs werden ins Gefängnis geworfen, weil sie gegen die Ruhrbesetzung protestierten, weil sie die

Proletarier zum internationalen Zusammenschluß gegen den Krieg aufforderten. Die französischen Schaubüsten betreiben dort die gleiche Hehe wie hier die deutschen. Ein Funke im Pulverfaß kann einen neuen Krieg entzünden, und neues unerhörtes Elend über die breiten Massen bringen.

Proletarierinnen hört! Denkt an Eure vom Krieg her noch unterernährten Kinder, an Euren blaffen kindlichen Nachwuchs, für den Ihr nicht mehr Nahrung und Kleidung schaffen könnt! Denkt an die Hunderttausende von geunden Männern, die der Krieg begrub im Massengrab oder zu Krüppeln schloß!

Hört, Proletarierinnen! Der Krieg ist ein Tier, das Euch vor allem ans Herz springt! Nicht genug Kanonensfutter könnt Ihr dem Ausbeuterstaat gebären. Denkt an den Paragrafen 218!

Ihr Frauen seid jetzt die ersten, die Protest erheben müßten gegen das Geschrei der Kriegsheher. Es gilt, ihre schamlose Verlogenheit, ihren Verrat am „Vaterlande“ aufzudecken.

Das Vaterland ist in Gefahr?

In Gefahr ist das Vaterland der Reichen, und sie selber, Stinnes, Thyssen, Krupp, sind die Schuldigen. Sie sind die Verräter, Verräter an der Zukunft des deutschen Volkes und Verräter am Proletariat.

Der Feind steht im eigenen Lande.

Ihm hat un'er Kampf zu gelten. Euer Kampf, Proletarierinnen Deutschlands, sei der Klassenkampf gegen den Krieg. Mit dieser Lösung Karl Liebknechts müssen die deutschen und französischen Proletarier, muß das internationale Proletariat antworten auf das Kriegsgeschrei der Bourgeoisie. Das Proletariat macht nicht ein zweites Völkermorden mit!

Ihr Frauen des wertvollen Volkes, die Ihr genug gelitten und gebuldet habt, macht Euch jetzt klar machen, daß es zu handeln gilt. Ihr seid es, die Eure Männer unterstützen und anfeuern mühten zum Widerstand und zu revolutionärer Bereitschaft. Das Proletariat darf nicht verlagen wie 1914. Es gibt nur eine Möglichkeit: in Massen gegen diese Regierung, gegen die Ausbeuterregierung anzulämpfen und die Arbeiterregierung durchzusetzen! Die Frauen müssen die ersten sein, wenn es im entscheidenden Augenblick auf die Straße geht, so wie die russischen Frauen 1917 auf die Straße strömten, um ihren proletarischen revolutionären Willen zu bekunden.

Nieder mit der Bourgeoisie!

Nieder mit dem Ausbeuterstaat und seinem Kriegsgeschrei!

Frauenreichssekretariat der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Lausanne und die Ruhrbesetzung.

In Lausanne kam es in diesen Tagen zu einem interessanten Zwischenfall. Nach monatelangen Verhandlungen hatte die englische Delegation den türkischen Vertretern einen Vertragsentwurf in ultimativer Form vorgelegt. Poincaré schickte daraufhin dem Führer der türkischen Delegation, Mustafa Kemal, ein Telegramm, in dem er erklärte, daß Frankreich den Vertragsentwurf keineswegs als ein letztes Wort betrachte, und daß Frankreich zu neuen Verhandlungen bereit sei.

Es ist klar, daß dieses Telegramm in England eine ungeheure Aufregung hervorrief. Heißspornige Sprachen vom Ende der Entente. Inzwischen aber veröffentlichte die französische Regierung eine Note, in der mitgeteilt wird, daß Frankreich keineswegs daran denke, die Türken zu weiterem Widerstand zu ermuntern, daß im Gegenteil Poincaré bei Mustafa Kemal darauf gedrungen habe, den Vertragsentwurf zu unterzeichnen.

In einer offiziellen Note an England aber wird ausinandergesetzt, daß die französische Regierung keineswegs auf das Recht von Sonderverhandlungen mit der Türkei verzichten könne. Im Falle des Scheiterns der Lausanner Konferenz müsse die französische Regierung die Freiheit behalten, mit der türkischen Regierung ein Sonderabkommen zu schließen.

Diese verschiedenen Mitteilungen und Noten der französischen Regierung sind durchaus deutlich. Frankreich denkt nicht daran, die türkische Frage, die Frage der Meerengen und die Mossulfrage im englischen Sinne liquidieren zu lassen, bevor das deutsche Unternehmen Frankreichs geplatzt ist. Es ist klar, daß die Noten der französischen Regierung die türkische Delegation ermuntern, den englischen Vertragsentwurf nicht zu unterzeichnen. Bevor nicht die englische Regierung aus ihrer passiven Haltung in der deutschen Frage herausgetreten ist, bevor sie nicht der französischen Regierung Sicherheiten gegeben haben wird dafür, daß sie nicht eines Tages den deutschen Widerstand unterstützt, wird die französische Regierung es sich nicht nehmen lassen, den türkischen Widerstand gegen den englischen Imperialismus zu festigen und der türkischen Abwehr alle notwendige Hilfe zu gewähren.

Wer die ganze Bedeutung der auf der Lausanner Konferenz aufgeworfenen Fragen für das englische Imperium ermittelt, der wird verstehen, daß England, selbst wenn es zur Unterstützung des deutschen Widerstandes entschlossen wäre, gar nichts anderes tun kann, als in der passiven Haltung zu verharren, oder Frankreichs Unternehmen zu unterstützen. Die Telegramme und Noten der französischen Regierung machen allen denen, die an eine englische Hilfe glaubten, einen Strich durch die Rechnung. Und sie zerstören gründlich den englischen Plan, zuerst in Kleinasien „Ordnung“ zu schaffen, d. h. die imperialistischen Pläne Englands zu verwirklichen, um dann als „Vermittler“ gegen den französischen Imperialismus in Deutschland auftreten zu können.

Mit den französischen Noten ist die Lausanner Konferenz tatsächlich am Ende angelangt. Frankreich und vielleicht auch Italien werden voraussichtlich mit der Türkei Sonderabkommen schließen, und England wird versuchen, einen Schwebezustand aufrechtzuerhalten. Oder aber die englische Regierung beißt in den lauren Apfel, dem französischen Imperialismus bei seinem Raubzug gegen Deutschland nicht nur freie Hand zu lassen, sondern ihn tatkräftig zu unterstützen.

Wenn in den Kreisen des deutschen Kleinbürgertums (wir erinnern an einen Aufsatz Edward Bernsteins im „Vorwärts“) noch Illusionen auf eine mögliche englische Hilfe vorhanden waren, so sind sie jetzt gründlich zerstört. Frankreich hat gegen England Drudmittel allerersten Ranges in der Hand, und das imperialistische Frankreich ist bereit, sie mit brutaler Rücksichtslosigkeit auszunutzen.

Mit diesem Lausanner „Zwischenfall“ ist der Widerstand des deutschen Bürgertums gegen den französischen Imperialismus tatsächlich erledigt. Was jetzt noch geschehen kann, das ist nichts anderes als eine Opferung deutscher Proletarier zur Deckung des Rückzuges. Dieser Rückzug hat mit der Wiederaufnahme des Verkehrs im Kölner Eisenbahndirektionsbezirk bereits begonnen. Ein längerer Widerstand hätte in der Tat nicht nur zur Folge

Der Kampf um die 60 Prozent.

Die Kohlenverre ist dicht.

Die von den französischen Besatzungsstruppen gezogene Sperrelinie um das Kohlenrevier ist dicht. Die Folgen der Absperrung machen sich bereits bemerkbar. Die Kohlen werden nun innerhalb des Gebietes aufgeschüttet, die Produktion soll um 40 Prozent verringert sein. Doch arbeiten die Bergleute und Industriearbeiter noch überall weiter, auch die Lohnstreiks sind in Erwartung des Verhandlungsergebnisses im Bergbau abgebrochen worden. Die Lebensmittellage wird von Tag zu Tag schlechter: obwohl ausreichende Zufuhr gemeldet und nicht behindert wird, steigen die Preise und machen die wichtigsten Lebensmittel den Arbeitern unerreichbar.

Zwar haben die Eisenbahner im besetzten Gebiet überall die Arbeit wieder aufgenommen mit Ausnahme vom Bezirk Mainz. Doch wurde von den Behörden die Aufforderung des passiven Widerstandes erneuert, besonders wurden an die Post- und Telefonarbeiter neue scharfe Anweisungen gegeben.

Die Besatzungsbehörden haben den militärischen Druck auf die deutschen Staatsbeamten und die Bevölkerung verschärft. Verhaftungen und Ausweisungen wurden fortgesetzt. In Koblenz kam es am 3. zu einem zweitägigen Proteststreik gegen Verhaftungen, ebenfalls in Sodingen b. Dortmund. In Bochum wurden am 3. Februar zwei Zivilisten von Franzosen verwundet. Der Vorlauf der Straßenbahn zwischen Oberhausen und Bochum am 2., wo belgische Soldaten sich weigerten, einen Fahrplan zu kaufen, wobei es zu einem Handgemenge kam, erforderte zwei Todesopfer. In Haltingen wurde ein Schutzpolizist schwer mißhandelt.

Die Wirkung auf die Lothringere Hüttenindustrie macht sich mehr und mehr bemerkbar. Von 33 Hochofen sind alle bis auf 7 ausgeblasen.

Weitere, kriegsmäßige Besetzung Deutschlands, Todesopfer im Proletariat, haben und drüben Massenarbeitslosigkeit. Und doch finden die Amsterdamer Führer, daß es „noch nicht genug ist“, noch fühlen sie sich nicht veranlaßt, zum Kampf aufzurufen.

Das Proletariat muß haben und drüben über ihre Köpfe hinweg handeln.

Eine bezeichnende Nachwahl in Frankreich.

Aus Paris wird gemeldet: Die Nachwahl zum Kreistag in Dunkerque hatte ein bemerkenswertes Ergebnis. Bei den letzten Wahlen hatten in dieser reaktionären Gegend die Kommunisten nur 300 Stimmen von 6000 eingebracht. Diesmal erhielt der Kandidat des nationalen Blods 4600 Stimmen und Marty, der demonstrative kommunistische Kandidat 2200. Die kommunistische Stimmenzahl hat sich also in kurzer Zeit verdreifacht.

Französische Arbeiter verweigern die Munitionserzeugung.

Die Pariser Fabrik Combel erhielt einen größeren Auftrag zur Herstellung von Geschossen. Die Arbeiter des Betriebes weigerten sich, die Arbeit auszuführen und erklärten, eber die Arbeit zu verassen, als Kriegs- und Mordinstrumente zu fabrizieren.

Die „Humanité“ hält diese Weigerung als zu befolgendes Beispiel den Arbeitern aller Munitions- und Kriegsmaterialfabriken vor.

Die Wirkung auf die Lothringere Hüttenindustrie macht sich mehr und mehr bemerkbar. Von 33 Hochofen sind alle bis auf 7 ausgeblasen.

Weitere, kriegsmäßige Besetzung Deutschlands, Todesopfer im Proletariat, haben und drüben Massenarbeitslosigkeit. Und doch finden die Amsterdamer Führer, daß es „noch nicht genug ist“, noch fühlen sie sich nicht veranlaßt, zum Kampf aufzurufen.

Das Proletariat muß haben und drüben über ihre Köpfe hinweg handeln.

Eine bezeichnende Nachwahl in Frankreich.

Aus Paris wird gemeldet: Die Nachwahl zum Kreistag in Dunkerque hatte ein bemerkenswertes Ergebnis. Bei den letzten Wahlen hatten in dieser reaktionären Gegend die Kommunisten nur 300 Stimmen von 6000 eingebracht. Diesmal erhielt der Kandidat des nationalen Blods 4600 Stimmen und Marty, der demonstrative kommunistische Kandidat 2200. Die kommunistische Stimmenzahl hat sich also in kurzer Zeit verdreifacht.

Französische Arbeiter verweigern die Munitionserzeugung.

Die Pariser Fabrik Combel erhielt einen größeren Auftrag zur Herstellung von Geschossen. Die Arbeiter des Betriebes weigerten sich, die Arbeit auszuführen und erklärten, eber die Arbeit zu verassen, als Kriegs- und Mordinstrumente zu fabrizieren.

Die „Humanité“ hält diese Weigerung als zu befolgendes Beispiel den Arbeitern aller Munitions- und Kriegsmaterialfabriken vor.

eine Rahmlegung des Ruhrgebietes, sondern ebenso eine schwere Katastrophe für das ganze deutsche Wirtschaftsgebiet, ohne irgendwelche Aussicht, durch diese Katastrophe ein Zurückweichen des französischen Imperialismus zu verlaufen.

Der passive Widerstand der Regierung Cuno hat fast in ebensoviele Wochen bankrott gemacht wie die Erfüllungspolitik des Kleinbürgertums in Jahren. Beide Methoden konnten und können die völlige Strangulierung Deutschlands sein. Im Gegenteil, gerade der Versuch des Widerstandes hat diesen Prozeß beschleunigt. Was wir zum Beginn der französischen Ruhraktion ausführten: daß nur eine proletarische Politik auch gleichzeitig die einzig mögliche nationale Politik sei, das ist vollst. bestätigt worden.

Die deutschen Kapitalisten — auch wenn sie von den Kleinbürgerlichen Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführern unterstützt werden — haben keine Machtmittel in der Hand, um eine nationale Politik, eine Politik der Rettung der Freiheit Deutschlands in wirtschaftlicher und politischer Beziehung zu ermöglichen. Sie können nur eines: sich dem Joch des französischen Imperialismus beugen. Daß sie das tun werden, und daß sie alles versuchen werden, trotzdem ihren Profit zu retten, daran ist kein Zweifel.

Das Opfer dieser Entwicklung ist das deutsche Proletariat und in diesem Tempo der größte Teil des deutschen Mittelstandes. Wenn in der jetzigen Situation sich noch Millionen Proletarier — Arbeiter, Angestellte und Beamte — und fast der gesamte Mittelstand sich in die „nationale Einheitsfront“ eingereiht haben, sie werden lernen müssen, daß ihre Stellungnahme ein fürchterlicher Fehler war. Der deutsch-kapitalistische Staat ist machtlos gegen den französischen Imperialismus. Und trotzdem muß es heißen: Kampf dem französischen Imperialismus, der Europas Wirtschaft von Abgrund zu Abgrund stoßen wird, der Millionen europäischer Proletarier der Sklaverei, völliger Verelendung und dem Untergang überliefert muß. Aber heute ist es klar: dieser Kampf kann nur geführt werden vom Proletariat.

Deshalb sei es wieder und wieder gesagt: Jetzt werft den deutschen Kapitalismus an den Boden, dann ist der Zeitpunkt gekommen, Seite an Seite mit dem französischen und englischen Proletariat, Seite an Seite mit Sowjet-Rußland und allen unterdrückten Völkern dem Würger Europas dem französischen Imperialismus den Kampf anzulegen.

Wie das französische Proletariat, das sich gegen die Raubpolitik Poincarés erhob, die Würde der französischen Nation rettete, so wird das deutsche Proletariat — und nur das Proletariat, nicht aber eine „nationale Einheitsfront“ — die Freiheit des deutschen Volkes erkämpfen können, retten können.

Sie nutzen die selbstgeschaffene günstige Gelegenheit. In der Morgenansgabe des „Vorwärts“ vom 3. Februar schildert Kurt Heimig seine Beobachtungen im Ruhrgebiet. Wie die von der SPD getriebene Bourgeoisie die arbeitende Bevölkerung auszunutzen, muß Heimig in folgenden Sätzen eingehen:

Die Bevölkerung, die seit langem an die Belegung der Ruhr denkt, nimmt die Überwindung mit französischer Selbstenliebe und ruhig hin. Ihre Entwertung wächst aus einer anderen Ursache, das ist die ungeheuerliche Ausbeutung der Konsumenten, die überall gemerkt wird. Das Schicksal, das jetzt in die Bevölkerung des Ruhrgebietes von allen Seiten in einer Form herankommt, wie viele nicht anzuerkennen können. Der Lebensmittelpreis hat eine Aufschwung genommen, wie ihn der deutsche Proletariat in einem Hungerdrama nicht niederrückiger erfahren kann. Es gibt keinen Ausweg in der deutschen Sprache, der scharf genug wäre, um jene Schande zu kennzeichnen. Die Preise sind unheimlich gestiegen, mit denen die arbeitsfähigen Arbeiter nach Belieben wählen. Sie helfen alle Beschäftigungslosigkeiten nach. Besonders gefährlich sind die Bemühungen bestimmter Stellen, durch Verrechnungen herabzusetzen zu werden. Es muß ausgesprochen werden, daß zur Vermeidung des Ruhrgebietes mit Ruhrgebietsmitteln nur ein Bruchteil von dem geschieht, was im Interesse der Sache zu geschehen hätte.

Damit hat es ein Sozialdemokrat ausgesprochen, daß die deutsche Bourgeoisie unter dem Deckmantel der „nationalen Einheitsfront“ die Arbeitenden auf das schändlichste ausplündert und schlimmer bedrückt, als die fremde Besatzung. Dämmert es auch diesem Sozialdemokraten auf, daß der Klassenkampf nicht durch einen burgfriedlichen Pakt weggekugelt werden kann.

Wozu die „Schlepperhilfe“ für das Ruhrgebiet verwendet wird.

Die SZ-Korrespondenz meldet: Im Reichsarbeitsministerium haben am Sonntagabend Besprechungen über die Frage stattgefunden, ob bezüglich der Gehalts- und Lohnzahlungen ein Unterschied zwischen dem alt- und neubeschäftigten Gebiet zu machen ist. Bekanntlich hat das Reich im Ruhrgebiet auch die Lohn- und Gehaltszahlungen in den nicht besetzten Betrieben aus Mitteln der staatlichen Kasse zugelegt. Eine endgültige Klärung der Frage konnte in den Besprechungen noch nicht erzielt werden, so daß eine neue Konferenz angeberufen worden ist.

Nach dem klaren Wortlaut dieser Meldung würde also die Lohnzahlung im neubeschäftigten Gebiet allgemein aus Reichsmitteln bezu. der „Schlepperhilfe“ erfolgen. Die Unternehmer des altbeschäftigten Gebietes rufen nun dieselbe Subvention. So wird der Lohn, den die Schwermetallbetriebe des Ruhrgebietes an die dortigen Arbeiter zahlen, von der Produktion des übrigen Deutschlands ausgebracht! Davon, daß auch die Produktion der Arbeiter dem Reich ohne Bezahlung der Unternehmer zuzunehmen, hat man noch nichts gehört. Die Schwermetallbetriebe versichern es, aus Blüte „Arbeitsbeschaffung“ Honig zu laugen. Ja, ja! „Das Vaterland ist in Gefahr!“ „Wir alle müssen Opfer bringen!“

Reichsparteitag der SPD.

Die Diskussion. Schlusswort der Genossin Clara Zetkin.

Ruth Fischer:

Aus der Entwicklung in der Partei entsteht von neuem die Gefahr des Revisionismus. Wir haben mit Recht gesagt, daß der IV. Kongreß zu dem Ergebnis des II. zurückgekehrt ist. Der II. Kongreß hat die Gefahr des Opportunismus ganz klar erkannt und hat ihr einen Regel vorgeschoben. Der III. Kongreß, der um die Zeit kämpfen mußte, überhäufte die Diskussionen. Der IV. Kongreß bestätigte die 21 Bedingungen. Auch Sinowjew hat in der „Pravda“ einen Artikel veröffentlicht, in dem er ausdrücklich das Ergebnis des Kongresses betonte. Ich frage den Genossen Kleine, was man anderes aus dem Artikel Sinowjews herauslesen kann. Andere Perspektive ist als richtig bestätigt worden. Betreffs der tschechoslowakischen Opposition müßten wir uns doch fragen, weshalb denn das Exekutivkomitee diese unklaren anarchischen Elemente zurückgekehrt hat. Das kann doch nur deshalb geschehen sein, weil das EK ebenfalls die rechte Gefahr in der tschechoslowakischen, die sogar eine reale sozialdemokratische Gefahr ist, erkannt hat. Bei der Programmdebatte haben wir ebenfalls unsere Auffassung bestätigt gefunden. Die Resolution der Zentrale behandelt ungefähr die Arbeiterregierung wie ein Hindernis zwischen Mensch und Affe. Sie will die Arbeiterregierung mit den Methoden des bürgerlichen Staates durchsetzen. Die Gesamtpartei muß erkennen, wo die Gefahren liegen. Ich bin nur eine kleine Genossin, aber die großen Genossen, wie Radek und Sinowjew, haben gesagt, daß es keine linken Gefahren in Deutschland gibt nach den Prinzipien für die Märzaktion. Auch Sinowjew wendet sich nur gegen rechts.

Beder Hamburg:

Ich bin selbst früher mit den Linken gegangen, als eine rechte Gefahr des Opportunismus in der deutschen Partei bestand. Macht man denn aber Opposition nur gegen Gefahren? Wenn eine opportunistische Tendenz vorhanden ist, so muß man die revolutionären Tendenzen gegen sie harten. Man arbeitet politisch und harrt die revolutionäre Tendenz. Wie aber hat die Linke gearbeitet? Sie hat stets die Partei geküßt in der Ausarbeitung der taktischen Linie. Bei jeder praktischen Frage, vor der die Partei stand, hat die Linke sich zu opponieren gewußt. So war es bei der Erklärung der Sachverhalte, so war es in allen theoretischen Fragen, so war es auch in den alten Krisen, in der Raibman-Krise. Zimmer hat während der Aktionen die Berliner Linke lähmend gewirkt. Das Wesen der linken Opposition besteht darin, daß sie die Gefahren überläßt, daß sie während der Aktion der Partei lähmend wirkt und daß sie nicht zu helfen weiß. Der 4. Kongreß hat dieser Art Opposition sehr deutlich die Meinung gesagt. Ruth Fischer hat durchblicken lassen, daß alle Bedenken gegen die Partei sogar entzündlich werden können durch die Linkstendenz. Alle Scheinradikalität ist nur ein Mantel für die Passivität.

Zhalman-Hamburg:

Mit Recht es am charakteristischsten, daß gerade Eroghi auf dem 4. Kongreß sehr scharf für die 21 Bedingungen eingetreten ist. Das ist derselbe Eroghi, der sich auf dem 3. Kongreß scharf gegen die Linke gewandt hat. Man mußte die 21 Bedingungen von neuem betonen, weil in der französischen, in der tschechoslowakischen und in der norwegischen Partei tatsächliche rechte Tendenzen sich breit machen. Beder hat die gesamte Linke unangenehm verurteilt, weil es ungeschickte Vertreter der Linke gibt. Einige Proleten verstehen die Einheitsfront sehr gut. Die französische Partei hat im Kampf die rechten Tendenzen überwunden, daran kann sich die deutsche Partei ein Beispiel nehmen. Beder hat ja in einem halben Jahre sehr gelernt. Ich bin der Meinung, daß wir sagen sollen, daß die Arbeiterregierung sehr wohl möglich ist, aber nicht notwendig zu sein braucht. Dem nächsten Weltkongreß hat die Partei ein klarer Programm vorgelegt. In Beziehung auf die Übergangsbedingungen teile ich den Standpunkt des Genossen Zetkin. Auch Sinowjew sagte in einer Sitzung der erweiterten Exekutive, daß

Die Sozialdemokratie der linke Flügel der Bourgeoisie

Wenn wir mit der Sozialdemokratie gehen wollten, würden wir uns damit einem Flügel der Bourgeoisie anschließen. Ich bin der Meinung, daß wir nicht eher an die Schaffung einer Arbeiterregierung gehen können, ehe die Exekutivorgane der Bourgeoisie entlassen sind. Die SPD hat allen Kredit bei den Massen verloren. Die Einheitsfronttaktik, die die Partei während der Raibman-Krise praktiziert hat, war ein Verstoß für die revolutionäre Aktion des Proletariats. Wir haben das in Hamburg erlebt. Der Revisionismus ist ein Weltvergifter. Illegale Methoden werden uns schon gelehrt werden, und zwar durch die Parteien. Wir haben die Verantwortung zu der Forderung Sowjetrußland zu bewachen. Scharfgesicht. Aktion in der Partei ist alles.

Sittel-Stuttgart:

Die Lebensdauer ist gut. Dieser Parteitag lehnt mir nicht ein Spiegelbild des 4. Kongresses zu sein. Wir haben hier Richtlinien für unsere tägliche Tätigkeit vorgelegt. Die transformativen Bereiche von links, aus ihrer Meinung auszuführen, ist ein gefährliches Spiel. Die SPD hat allen Phrasen verbringt man häufig das Risiko. Es ist Angst in dieser Phase. Und die Angst lähmt ebenfalls. Wenn man immer nur Gefahren sieht, so hört man auf, Disziplin zu halten. Bei all unseren Beschlüssen des Offenen Briefes usw. hatten wir aus Berlin keine Widerhall. Kein gemeinsames Engagement war in Hamburg und Berlin vorhanden.

Niemand ist für unbedingtes Verhandeln mit den Spitzenverbänden.

Der Stand der Massen bei der SPD muß zu solchen Verhandlungen führen. Aber wir haben diese Massen erst in den Betrieben zu bearbeiten. Jetzt stehen wir wiederum vor einer konkreten Situation in Gießen. Die Genossin Fischer hilft sich mit einem schäblichen Vergleich von Mainz und Affe. Ist das denn eine gemeinsame Gefahr? Hamburg verlangt zuerst die Brechung der Macht der Bourgeoisie. Ich meine, dann ist eine Arbeiterregierung schon gar nicht mehr nötig. Ich meine, die Arbeiterregierung ist ein Mittel, die Macht der Bourgeoisie zu brechen. In das Programm muß die Übergangsbedingungen aufgenommen werden. Die Massen wollen wissen, wie man zum Ziele kommt. Es ist Aufgabe des Parteitag, nicht in der linken Last heranzufahren, sondern einen Leitfaden für den Kampf der Arbeiter aufzustellen.

Kleine-Berlin:

Die Genossin Ruth Fischer erwidert den drei Kongressen der 3. Internationale. Der 2. Kongreß ist gut, der 4. noch besser, am besten ist nur der 3. Kongreß. Die Genossin Ruth Fischer wendet viel Energie auf und wenig Argumente. Es ist eine schlechte Gedächtnisübung, die die Linke treibt. So hat Ruth Fischer 2. R. kein Wort gesagt von der neuen kommunistischen Politik, die auf dem 4. Kongreß ausgiebig behandelt wurde, wo Raibman abgelegt wurde über den Rückzug, den die linke Partei durchzuführen verstand. Wie war eure Stellung dazu? Der Rückzug, den der 3. Kongreß in Beziehung auf die deutsche Linke gemacht hat, ist ebenfalls auf dem

4. Kongreß bestätigt worden. Sinowjew wird sich bedanken, als Ehrenmitglied Surer Fraktion zu gelten. Beder hat Recht es ist eine rechte Gefahr da. Hat denn der 3. Kongreß nicht ebenfalls die 21 Bedingungen bestätigt? Es gibt talentvolle Kinder bei uns, Kinder von Psemperischem Geist. Ruth Fischer spricht in einem Artikel davon, daß die Anhänger der Offenstheorie zubielt geprügel worden seien. Wenn dies nicht gelte wäre, so wäre der deutschen Partei das Rückgrat gebrochen. Die KPD konnte in voller Ordnung den Rückzug der Neuen ökonomischen Politik vollziehen. Die Thesen der Berliner, die darin zipseln, zurück zum 3. Kongreß bezeugen, daß die Berliner nichts gelernt haben von dem notwendigen Rückzug der deutschen Partei, der auf dem 3. Kongreß vollzogen werden mußte. Wohl ist in der tschechoslowakischen eine rechte Gefahr; sie ist tausendmal größer als in Deutschland. Es ist in Italien, es ist in Frankreich, es ist in England, es ist in Amerika daselbe.

Revisionismus in Deutschland ist ein Quatsch.

Es wohnen in Eurer Brust, Ihr Linken, zwei Seelen. Die Opposition gegen die Zentrale ist Euch lieber, als sachliche Berichte. Wir haben gar nicht von den verhassten Berlinern gesprochen. Wir hassen sie nicht, sondern wir sagen nur: du hemmst uns in unserem Kampf gegen die SPD. Ihr habt die Offenstheorie nicht aufgegeben und habt nicht begriffen, daß vom 4. Kongreß an erst die Defensivkämpfe beginnen. Wir müssen uns in dieser ersten politischen Situation gegen die Einstellung der Genossin Fischer wenden. Die Berliner Arbeiter müssen Euch sagen, daß Ihr Euch dem Tempo der gesamten 3. Internationale einzuflügen habt.

Unfriede-Berlin:

Der 4. Kongreß hat alle Arbeiter der ganzen Welt gegen die falsche Gefahr mobilisiert. Bei dieser Gefahr spielt die Agrarfrage eine bedeutende Rolle. Sie ist hier keine theoretische, sondern eine außerordentlich praktische Frage. Der Revisionismus wirkt gerade unter den Landarbeitern seine Kräfte. Wir sehen das in Württemberg, wir sehen es in Mecklenburg, wir sehen es ganz nahe bei Berlin. Die Berliner rufen ganz und gar nicht dagegen, obwohl der Revisionismus doch eine große Gefahr ist für die revolutionäre Bevölkerung von Berlin. Der 4. Kongreß hat in bezug auf die Agrarfrage keine neuen Thesen aufgestellt, sondern ein Aktionsprogramm. Wir müssen in diesem Sinne arbeiten, dann arbeiten wir revolutionär.

Schlusswort Clara Zetkin.

Genossen und Genossinnen! Wenn Kraft und Stimme Argumente bedeuten, wenn das Durcheinanderwerfen von Tatsachen gleich wäre mit Richtigkeit, dann hätte Ruth Fischer recht. Mit aller Bescheidenheit, die ja kein Monopol für Ruth Fischer ist, muß ich feststellen, daß sie die Auseinandersetzung auf ein falsches Geleise geschoben hat. Sie sagt: Wir haben gründlich andere Auffassungen als ihr, sie entwirft eine weltwirtschaftliche Perspektive, sie sagt aber nicht, welche Konsequenzen sie daraus zieht. Wir ziehen sie. Die objektiven Verhältnisse sind revolutionär. Aber das Tempo der Revolution ist nicht beschleunigt worden wie während der russischen Revolution. Die Bewegung geriet ins Stocken, die Bourgeoisie hat ihre Macht gestärkt.

Der Revisionismus ist im Wachsen.

Welche Schlussfolgerungen sind daraus zu ziehen? Ruth Fischer zieht die gleichen, die der 3. Kongreß abgelehnt hat. Die Offenstheorie steht mit der Situation in Widerspruch. Das Proletariat beginnt jetzt erst kaum sich aufzuraffen. Das heißt Ruth Fischer nicht. (Zuruf.) Wenn ich mich persönlich gegen Ruth Fischer wende, öfter als mich lieb ist, so lediglich darum, weil sie als exponierte Vertreterin einer Richtung tritt, die sie nicht theoretisch begründet, die sie aber durch Parteitage aufdrängen will. Sie hat den Tatbestand verblüht. Sie sagt, es geht um die 21 Bedingungen und um den Opportunismus. Der Kampf gegen den Opportunismus ist aber nicht gleichbedeutend mit der Auseinandersetzung hier. (Mit erheblicher Stimme.) Wenn irgend jemand die 21 Bedingungen verlernt hat, dann sind sie es, weil sie sich der Kontrolle der Partei entziehen wollen durch Bildung von Fraktionen und eigenen Organen. Ruth Fischer beruft sich auf Meusering, Sinowjew gegen den Opportunismus. Sinowjew meint aber, der Opportunismus in Kreisen außerhalb der SPD. Es sind ideologisch reformistisch eingestellte Massen, die wir als Erste übernehmen müssen. Dieser Teil bildet eine Gefahr. Sie gegen kämpft Ruth Fischer nicht. Diese Gefahr zeigt sich in allen Parteien der 3. Internationale, stärker als in den deutschen. Wenn sich bei uns dergleichen Tendenzen zeigen, dann muß der Kampf dagegen selbstverständlich entschieden aufgenommen werden. Sie aber schaffen sich einen Wechselhaß von Opportunismus, um daran Ihre Grundabsicht zu betreiben. Wie aber sieht es mit den Sätzen der Linke aus? Die Berliner Richtung hat die Betriebsratbewegung sabotiert. Die Bezirksleitung hat die wunderbare Erklärung dafür zu opfern. (Hört, hört!) Vertreter aus dem Reich trafen in Berlin ein: die Berliner blieben demonstrativ fern. (Zur Ruth Fischer gewendet.) Mit der Bescheidenheit meiner alten Tage, von Ihrer Jugend übernommen. (Beifall.) Stelle ich fest: Wir waren zur Stelle, die Berliner abwesend. Aus Anlaß der internationalen Demonstration im Sportpalast in Berlin hat die Bezirksleitung eine Resolution vorgelegt, die paßt auf die Situation wie die Faust aufs Auge. Sie sagt nichts von der weltpolitischen Lage und den Aufgaben des Proletariats, sondern sie fordert die Freilassung der politischen Gefangenen, besonders Maslow. Genosse Radek hat allerdings bemerkt: es gab keine linke Gefahr, weil es keine theoretisch begründete Linie gibt; es gab nur eine Gefahr des Wortradikalismus, weil sich hinter dem Wortschwall Passivität verbirgt. Solche Linie ist wahrlich nicht revolutionär. Ruth Fischer hat sich auch berufen auf Sinowjews Ausführungen. Das aber sind Ausführungen denen auch wir zustimmen. Die Zentrale hat gewiß manche Schwächen, aber es stimmt nicht, daß Zhalman den Opportunismus verurteilt; es stimmt nicht, daß Zhalman die Frage der Arbeiterregierung zu einem intrigierenden Teil des Programms machen will. Die Arbeiterregierung ist eine geschichtliche Möglichkeit, sie kann eine Notwendigkeit werden. Wir haben uns in jeder Situation zu fragen, ob die Verhältnisse bedingen, daß die Frage der Arbeiterregierung aus der Propaganda zu einer Kampfparole gemacht wird. Die Linke will die Arbeiterregierung erst nach der Bewaffung des Proletariats. Die Resolution des 4. Kongresses bezeichnet aber ausdrücklich als die wichtigste Aufgabe der Arbeiterregierung die Bewaffung des Proletariats. Sie macht die Bewaffung nicht zur Nebenbedingung, sondern zur Aufgabe. (Zuruf: Wie lange ohne Bewaffung?) Clara Zetkin fortfahrend: Der Zuruf beweist, daß Sie dem Revisionismus nichts verstehen. (Erneute Zurufe Clara Zetkin.) Da Sie es nicht verstehen, will ich die Frage beantworten: das hängt ab von der Kraft der Arbeiter und der Kraft der Bourgeoisie. (Großer Beifall.) Genossen und Genossinnen! Es ist wichtig, Klarheit zu schaffen. Und darum rufe ich der sogenannten Linken zu: Senats mit Eurem Fiederhoh!

Zus dem, was Ihr sagt und tut, ist nichts zu entnehmen. Also sagt, was Ihr wollt. Wie revolutionär zu arbeiten ist, das hat der 4. Kongress noch in einem besonderen Fall gezeigt. Die Wähler des Orients erwachen! Zwar ist Ihre Bewegung nationalistisch getrieben, aber sie kämpfen gegen den kapitalistischen Imperialismus. Der 4. Kongress sagt, daß solche nationale revolutionäre Bewegungen von der Kommunistischen Partei zu unterstützen seien. Die Falsche des Erwachen ist von revolutionärer Bedeutung. Sie bedroht die wichtigsten weltpolitischen Stützpunkte des englischen und französischen Imperialismus. Der Kapitalismus ist nicht mehr imstande, seine Lohnslaven zu ernähren. Wir haben die Aufgabe, dem Proletariat seine geschichtliche Aufgabe zu zeigen. Die KPD muß als Bewußtsein vorangehen, damit die Massen zu revolutionärer Aktivität gelangen. Kritik kann die Quelle der Anregung sein. Aber eine Kritik, wie die von Ruth Fischer, die Nadel ebenfalls ganz entschieden ablehnt, lähmt die Partei in der Aktion; man zerrt an der Hand und macht die Partei aktionsunfähig. (Sehr richtig!) Der Linken fehlt es an klarer Einstellung; daher ist Ihre Kritik unfruchtbar. (Zu der Berliner Delegation): Euer Klappern kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Euer Baum nicht grün ausgefallen ist. Ihr tragt die Verantwortung dafür, daß die Aktivität der Partei nicht größer ist. Ihr lähmt sie. Die KPD muß und wird auch ohne den Segen von Genossen, die zur Fraktionsbildung drängen, vorwärtschreiten. Was Ihr wollt, das pfeifen die Spahen in Berlin von den Dächern. (Zurufe.) Wir erfüllen unsere Aufgabe, indem wir Euch zurückrufen zur Beachtung der Beschlüsse des 4. Kongresses; er hat die grundsätzliche Einstellung des 3. Kongresses bestätigt. Wir verteidigen die Richtlinien. Wir fordern Euch auf.

Die Waffe zu richten gegen den Feind,

gegen die Weltbourgeoisie, gegen die deutsche Bourgeoisie, den Kampf zu führen für die proletarische, für die revolutionäre Einheitsfront zu kämpfen, den Kampf aufzunehmen für die Arbeiterregierung als Schritt zur Weltrevolution. (Stürmischer anhaltender Beifall.) Auf Anregung des Vorsitzenden Stolzberg stimmt der Parteitag in ein Hoch ein auf Clara Zetkin und die Weltrevolution. Clara Zetkin: Ich lasse das gelten, in dem Sinne, daß das Hoch gilt der Befreiung des Weltproletariats durch energischen Kampf gegen die Weltbourgeoisie. Voran, in den Kampf! Hoch! Hoch! Der Parteitag stimmt begeistert demonstrativ ein. Ruth Fischer zur Richtigkeit: Wir haben nie bestritten, daß die Organisation Berlin am Himmelfahrtstag verlagert hat. Ich stelle aber zugleich fest, daß das keine Sabotage war. Es war uns nicht möglich, unsere Pflicht zu tun. Im übrigen haben wir in der Betriebsrätebewegung unsere Pflicht getan. Infolge eines Mißverständnisses kommt es noch zu einer Auseinandersetzung. Maslow beantragt, den Genossen Stolzberg als Vorsitzenden seines Amtes zu erheben. Der Antrag wird wieder zurückgenommen. Damit ist die Diskussion erschöpft. Es werden noch einige Anträge erledigt. Angenommen wird ein Antrag, mit dem die Parteigenossen aufgefordert werden, den wirtschaftlichen Aufbau Sowjetrußlands zu fördern durch Beteiligung an der Arbeiterleihe.

Weiter werden angenommen zwei Resolutionen. Die eine betrifft Sympathieerklärung für das Proletariat Indiens, die andere der Zustimmung zu den Beschlüssen des 4. Weltkongresses. Ferner wurde ein Brief politischer Gefangener vorgelesen. (Schluß des dritten Verhandlungstages.)

Schlesische Rundschau.

Herr Cichy-Hindenburg, sendet uns folgendes Schreiben: Die „Ober-schlesische Rote Fahne“ brachte am 23. Januar 1923 einen Artikel über meine Person, der mehrere Unrichtigkeiten enthält. Dazu habe ich zu bemerken: Zu 1. Der deutsche Bergarbeiterverband hat gegen die Entlassung des Kollegen Plomejki nach den Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes die Entscheidung des Schiedsgerichts angetufen. Zu 2. Es ist erlogen, daß der Direktor Miß jemals in unserem Büro war. Am allerwenigsten würde

ich mit ihm über die Ausschließung von Kameraden aus dem Verbande verhandeln.

Zu 3. Beder ist nicht von der Bezirksleitung des Verbandes ausgeschlossen worden. Er ist bereits seit April 1922 nicht mehr Mitglied des Verbandes, da er seit dieser Zeit Beiträge nicht mehr gezahlt hat. Die Bezirksleitung hat damit gar nichts zu tun. Cichy.

Anmerkung der Redaktion: Hätte Herr Cichy auf unsere Fragen am 6. Januar geantwortet, dann hätte sich seine Berichtigung erübrigt.

Aus Gewerkschaften und Betrieben.

Generalversammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbands, Ortsgruppe Breslau.

Man schreibt uns: In der am Dienstag, den 30. Januar im Gewerkschaftshaus stattgefundenen Generalversammlung zeigte sich wieder einmal so richtig die Auswirkung der Arbeitsgemeinschaft und Wiederaufbaupolitik der deutschen Gewerkschaften auf

Bergarbeiter!

Achtstunden-Schicht oder Siebenstunden-Schicht?

Das ist die Frage, auf die es ankommt! Sollen darüber 150 Funktionäre oder die Bergarbeiter entscheiden? Fordert die Urabstimmung! Lehnt die Mehrschichten zu Gunsten des Kapitals entschieden ab!

Kosten des Proletariats. Um die in den Gruppenversammlungen durch Fricks geschaffene Positionen sich zu erhalten und gleichzeitig zu verhindern, daß die ausgeschlossenen Kollegen George, Basche und Kiedel Zutritt haben, stellte man zu diesem Zweck besonders ausgesuchte Vertrauensleute vor den Saal, die alle Eintretenden scharf kontrollierten. Wieder aller Erwartung war die Versammlung trotz der 8695 Mitglieder unserer Ortsgruppe, schwach besetzt. Circa 1500-1600 Kollegen waren anwesend. Kollege Fahrmeister eröffnete die Versammlung mit der Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kasienbericht 2. Neuwahl der Ortsleitung, 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Bevor die Leitung zur Tagesordnung übergehen konnte, nahm Kollege Grimm das Wort zur Geschäftsordnung und stellte den Antrag, daß denjenigen Kollegen, gegen welche das Ausschlußverfahren schwebt, Einlass gewährt werden soll, damit sie sich gegen die zu Unrecht erhobenen Anschuldigungen rechtfertigen können. Dieser Antrag wurde von wenigstens zwei Dritteln der Anwesenden mit großer Begeisterung angenommen. Nun zeigte sich wieder einmal das wahre Gesicht der Verbandsangestellten. Dieselben mißachteten den Mehrheitswillen der Versammlung und vertraten in diktatorischer Weise den Standpunkt, daß der Antrag nicht zulässig sei. Ein Sturm der Entrüstung erhob sich; die Versammlung drohte gelpregnt zu werden. Die Erregung legte sich erst, als Kollege Fahrmeister den Geschäftsbericht gab. Der Referent zeigte in seinem Geschäftsbericht all das auf, was bisher geleistet worden sei, an den eingetretenen Verschlechterungen tragen die Kollegen zu einem großen Teil selbst die Schuld, da sie Gedinge verfahren usw. Dabei steht es fest, daß auf Grund der Lohnpolitik des Verbandes viele Kollegen gezwungen waren, Gedinge zu verfahren, um dadurch ihr schlechtes Einkommen etwas aufzubessern. Die Stille, welche nach den Ausführungen des Referenten herrschte, bewies, daß die Kollegen sich mit den Ausführungen Fahrmeisters nicht einverstanden erklärten. Den Kasienbericht gab Kollege Kopal; es wurde ihm Entlastung erteilt. In der freien Aussprache zeigte Kollege Jendius den Ausweg aus Not und Elend und führte all die Fehler auf, die zur weiteren Verschlechterung der Eisenbahner beigetragen hatten. Unter anderem behandelte Kollege Jendius die Frage der Arbeiterregierung, Erhaltung der Sachverhalte, Brüder in Not und die Frage der Ruhrbelegung. Trotzdem einige Kollegen gegen diese Ausführungen Stellung nahmen, untertrich Kollege Grohmann sie in allen Punkten. Unter anderem erklärte er, man müsse wändigen die Verdienste Sowjetrußlands für das Weltprole-

tarial, und ein Schuft und Dumpe sei derjenige, welcher Ruhland in den Schmutz ziehen will. (Volkswacht!) Das gab jedem Kollegen zu denken. Bei Punkt 2: Wahl der Ortsverwaltung, drängten die Kollegen wieder darauf, daß der Ausschlossene Zutritt gewährt werden soll, damit sie sich vor dem Forum der Eisenbahner verantworten können. Zum zweitenmal brohte die Versammlung, auseinander zu gehen, und unter Protest der übergroßen Mehrheit wurde die Wahl vorgenommen. Dies zeigte das Abstimmungsverhältnis. Von 1500-1600 Anwesenden übten 631 ihr Wahlrecht aus, wovon noch ein Teil als ungültig erklärt wurde. Die Wahl hat bewiesen, daß die Breslauer Eisenbahner aus ihrem Schlaf erwacht sind und sich einreihen in die Front der klassenbewußten Arbeiterklasse. Unter Verschiedenem wurde aufmerksam gemacht auf die Lohnerbhöhung und auf die höheren Beiträge sowie auf den Beschluß des Bezirksbeamtenrates, wonach jedem Beamten drei Prozent vom Gehalt abgezogen werden sollen für die Ruhraktion. Es wurde die Parole ausgegeben, nichts für diesen Rummel zu opfern.

Folgen der Mehrschichten in den Fürstentauern Gruben.

Die Fürstentauer Wäden in Waldenburg hatten wieder einmal das Vergnügen, durch die eigenmächtige Handlungsweise des Betriebsratsausschusses eine Mehrschicht zu verfahren, die nicht ohne Folgen war. Als nach Beendigung der letzten 10 Stunden ein junger starker Genosse die Räume der Zeche verlassen wollte, brach er infolge der großen Anstrengungen, die eine solche Arbeitszeit kostet, ohnmächtig zusammen. Sofort bereitstehende Kameraden leisteten diesem Kollegen die nötige Hilfe, einige davon gingen sofort nach dem Wädenstet, um diesen zu veranlassen, ihm einige Tropfen Mehlis einzufüllen, leider mußten die Kollegen den sich sträubenden Gelddiener förmlich an den Haaren heranziehen. Er erklärte unter Hornsausschreien, daß ihm dies durch die so lebenswichtigen christlichen Obersteiger des Werks verboten sei. Kollegen in den Betrieben! So sehen eure SPD-Betriebsräte aus, sie vertreten wohl die Interessen der Arbeiter, aber die des Kapitals, das haben sie wieder einmal bewiesen. Anstatt dafür zu sorgen, daß die sanitären Einrichtungen ohne Mangel sein sollen, so kümmern man sich von diesen auch-Arbeitervertretern nur darum, wie sie am besten dem Kapital Profit verschaffen können, das ist einem Fischer und Wädel, den Wädelaufreißer der SPD, ähnlich. Kollegen im Betrieb! Göt acht, erneut sind dieselben Vertreter am Werk, auch die achte Stunde aufzugeben, ohne auch nur im geringsten die Kollegen im Betriebe aufzupreggen zu lassen. Das sind die Früchte der Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit. Geht diesen Arbeitervertretern bei den kommenden Betriebsratswahlen die Antwort. Ein Augenzeug!

Generalversammlung des DGB in Oppeln.

Einem stürmischen Verlauf nahm die am Sonntag, den 28. Januar stattgefundene Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe des DGB. Bei Punkt 1 der Tagesordnung, „Geschäfts- und Kasienbericht“ unterzogen Kollege Uhor, Schmalz und Windt, die nach dem Referenten, Ortsangestellten Kühn, das Wort ergreifen, die Haltung des DGB, wie auch die Handlungsweise des DGB im allgemeinen, einer scharfen Kritik. Die stürmische Zustimmung der Mitglieder bewies die Wichtigkeit ihrer Ausführungen. Nur einer kleinen Anzahl Amsterdamer Klang es unangenehm in die Ohren, so daß sie sich zu Zwischenrufen veranlaßt fühlten, als die drei Kollegen auf den Ausschluß von Jendrosch, auf die Benutzung der Verbandszeitung zur SPD-Wahlagitiation, auf den Burgfriedensrummel in der Ruhrfrage und so vieles andere hinwiesen. Als der Ortsangestellte erklärte, daß Sammellisten für den Ruhrschwindel, ob mit oder ohne Zustimmung der Mitglieder, doch ausgegeben werden, brach ein Entrüstungssturm los. Es ist demnach bestimmt zu erwarten, daß auf die Sammellisten von der übergroßen Mehrheit nicht geantwortet wird. Kampf der gesamten in- und ausländischen Arbeiterklasse gegen das in- und ausländische Kapital und dabei gegenseitige Unterstützung ist die Meinung der übergroßen Mehrheit. Daß die Oppelner Eisenbahner, wenn es gilt, proletarische Unterstützung (nicht Unterstützung an Stinnes, Lillen, Cuno) zu leisten, hilfsbereit sind, bewies die letzte Sammlung von über 200.000 Mk. an die ausgepörrten Anilinarbeiter. Auch der im Ortstaktel auf's Utenteil gezeigte Kollege Gerks zog sein Holzschwert gegen die Opposition aus der Scheide. Burgfrieden und gemeinsame Interessen mit dem Geldsackstaa, war der Ausklang seiner vom Stapel gelassenen Tiraden. Nur „zufällig“ treffen sich hier proletarische und kapitalistische Interessen zusammen, ist seine Meinung. Daß aber alle seine Meinungen nicht helfen, bewies die geheime Abstimmung über den neuen Vorstand. Alle Vorschläge der Opposition wurden angenommen, so daß der neue Ortsvorstand je zur Hälfte den beiden Parteien angehört. Ein gleiches Bild zeigte die Wahl für das Ortstaktel, in das die Opposition 4 Mandanten hineinschick-

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki.
Diese Gedanken beschäftigten Ija so sehr, daß er sich gegen alles andere fast gleichgültig verhielt. In dem Dunkel seines Lebens hatte sich gleichsam eine Spalte aufgetan, und durch diese sah, oder vielmehr ahnte er in der Ferne ein Schimmern von etwas, das er noch nie erblickt hatte.
„Mein lieber Freund“, sprach Tatjana Maschewna bei ihrem nächsten Besuche in zurechtweisendem Tone zu ihm — das schmale Wollband muß wieder angeschafft werden — Befehl ist auch ausgegangen. — Von dem schmalen Zwirn Nummer fünfzig ist nur noch ganz wenig da. — Verlmuttertschöpfe hat uns eine Firma angeboten — der Agent ist bei mir gewesen, ich hab' ihn hierher geschickt. War er da?“
„Nein“, antwortete Ija kurz.
„Dieses Weib mar ihm immer widerwärtiger geworden. Er hegte den Verdacht, daß Tatjana Maschewna mit Korbatow, der kürzlich zum Bezirksaufseher ernannt worden war, angebandelt habe. Ihrem Kompagnon gab sie nur noch selten ein Stelldichein, obwohl sie im übrigen genau so freundlich und munter mit ihm verkehrte wie früher. Nunew aber ging auch diesen wenigen Rendezvous unter irgendeinem Vorwand aus dem Wege. Als er sah, daß sich Tatjana nichts weiter daraus machte, schalt er sie im stillen.“
„Die Duhlerin — die Schamlose Dirnel!“
Sie mißfiel ihm namentlich dann, wenn sie in dem Laden kam, um den Warenbestand zu revidieren. Sie tänzelte dann im Laden herum wie ein Kreisel, sprang auf den Ladentisch hinauf, holte aus den oberen Fächern die Kartons, wästelte von dem Staub, den sie dabei aufwirbelte, schüttelte den Kopf und räsonnierte über Gawril.
„Sie ladenbursche muß geschickt und zuvorkommend sein. Man gibt ihm doch nicht darum zu essen, daß er den ganzen Tag an der Tür sitzen und sich die Nase mit den Fingern bohren soll. Und wenn die Prinzipalin spricht, dann hat er aufmerksam zu hören und nicht wie ein Popanz dazustehen.“
Aber Gawril hatte seinen eigenen Charakter. Er hörte sich das Klappern der Prinzipalin an und bewachte dabei vollkommen seine Seelenruhe. Nur wenn sie irgendwie hinaufgetreten war, um die oberen Fächer zu erreichen, und dabei ihre Röde hoch emporhob, zwinkerte Gawril mit spitzbüchigen Wägeln dem Prinzipal zu. Steils sprach er mit ihr grob, ohne jede Spur von Respekt. War sie dann fort, so sagte er zu Ija: „Der Kriebis ist weggehoppelt!“

„So darf man von der Prinzipalin nicht sprechen“, sagte Ija in tadelfndem Ton, während er sich das Lachen zu verbeißen suchte.
„Was ist das für ne Prinzipalin!“ protestierte Gawril. „Kommt, schwach hier herum und hopft wieder weg. — Der Prinzipal sind — Sie!“
„Und sie auch —“ lachte Ija, der den soliden und offenerzigen Jungen gern hatte, schwach zu protestieren.
„Sie ist ein Kriebis, nichts weiter“, sprach Gawril und blieb bei seiner Meinung.
„Sie bringen dem Jungen nichts bei“, meinte die Antonomowa einmal. „Und überhaupt — ich muß sagen, daß alles bei uns in der letzten Zeit — ohne Begeisterung betrieben wird, ohne Liebe zur Sache.“
Nunew schwieg. Er haßte sie von ganzer Seele und dachte: „Gag, was du willst! Meinewegen kommst du dir das Bein verrenken, Satansweib.“
Von Onkel Serentij hatte Ija um diese Zeit einen Brief erhalten, in dem jener schrieb, daß er nicht nur in Kiew, sondern auch im Kloster des heiligen Sergius und in Walaam gewesen sei. Beinahe wäre er auch nach Solowki an der Dwina gekommen, aber die Pilgersfahrt dahin lasse er vorläufig und gedente bald wieder in der Heimat zu sein.
„Noch eine Annehmlichkeit“, dachte Ija ärgerlich. „Zedenfalls wird er hier bei mir wohnen wollen.“
Und er begann eifrig darüber nachzusinnen, wie er es einrichten sollte, damit der Dadel ihm nicht auf den Hals kam. Doch blieb ihm nicht viel Zeit zum Nachsinnen — Käufer erschienen im Laden, und während er mit ihrer Abfertigung beschäftigt war, kam Gawrils Schwester. Ganz matt, nur mühsam atmend, begrüßte sie ihn und fragte, mit dem Kopfe nach der Tür seines Zimmers nickend:
„Ist da drinnen — Wasser?“
„Ich bringe Ihnen sogleich welches“, sagte Ija.
„Lassen Sie — ich werde mich selbst bedienen.“
Sie ging in das Zimmer und blieb dort so lange, bis die Kunden fort waren und Nunew einzat. Er trat sie vor den menschlichen Altersfugen; die sie prüfend betrachtete. Sie wandte den Kopf nach Ija um, wies mit den Augen nach dem Bilde und sagte:
„Was für ein Schund —“
Nunew fühlte, daß ihre Bemerkung ihn betreffen machte, und lächelte, wie wenn man sich einer Schuld bewußt wäre.
„Brr! Wie spießbürgerlich!“ sprach sie, ihre Kritik mit dem Ausdruck des Abgehens wiederholend. Und bevor er sie noch um eine Erklärung angehen konnte, war sie fort.

Ein paar Tage später brachte sie dem Bruder die Wäsche und machte ihm Vorwürfe darüber, daß er seine Kleider zu wenig schone, alles zerreiße und beschmutze.
„Kanu!“ rief Gawril störrisch — „jetzt wirst du auch noch auf mir rumhacken! Noch nicht genug, daß die Prinzipalin immer nörgelt, wirst du mich gar noch kuzonieren!“
„Was ist denn mit ihm? Ist er sehr ungezogen?“ fragte die Gymnastikin Ija.
„A — a — nicht mehr, als er darf —“ antwortete Nunew freundlich.
„Ich bin doch ein ruhiger Mensch“, verteidigte sich der Junge.
„Seine Zunge ist etwas lose“, versetzte Ija.
„Hörst du?“ sprach Gawrils Schwester und zog die Brauen zusammen.
„Aa, gewiß hör' ich's!“ versetzte Gawril ärgerlich.
„Es macht weiter nichts aus“, meinte Ija gutmütig. „Ein Mensch, der wenigstens zu beissen versteht, ist immer besser dran als die andern. Andere lassen sich schlagen und schweigen dazu — steigen ins Grab, ohne ein Wort über das Unrecht zu sagen, das ihnen angetan ward.“
Die Gymnastikin hörte seine Worte, und über ihr Gesicht brühte ein beifälliges Lachen. Ija bemerkte das und fuhr unlieber fort:
„Was ich Sie fragen wollte —“
„Was denn?“
„Sie trat ganz dicht an ihn heran und sah ihm in die Augen. Er vermochte ihren Blick nicht auszuhalten, ließ den Kopf sinken und sagte:
„Gottel ich verstanden habe, lieben Sie die Kaufleute nicht?“
„Nicht sehr.“
„Und warum nicht?“
„Sie leben von fremder Arbeit“, erklärte sie, scharf betonend.
Ija warf den Kopf in die Höhe und zog die Augenbrauen empor. Ihre Worte lehten ihn nicht nur in Erstaunen, sondern beleidigten ihn geradezu. Und sie hatte sie so einfach, wie etwas Selbstverständliches ausgesprochen.
„Das ist — nicht wahr“, erklärte Nunew laut, indem er eine Weile geschwiegen hatte.
„Jetzt zuckte es über ihr Gesicht und sie erstörete.
„Wie teuer kommt Sie dieses Band da zu stehen?“ fragte sie frohlich streng.
„Das Band? Dieses hier? Siebzehn Kopelen der Arschin.“
„Und wie teuer verkaufen Sie es?“
„Zug zwanzig Kopelen.“ (Fortf. folgt.)

Aus der Arbeiter-Sportbewegung.

Schwerathletik.

Am 25. Februar bestritten in Breslau die Mannschaftskämpfe im Gewichtheben und Ringen des Bezirks Schlesien. Die beiden besten Mannschaften rechnen dann an den Kreismannschaftskämpfen teil. Teilnahmeberechtigt ist jeder Bezirksverein. Es kann jeder Verein bis drei Mannschaften melden. Jede Mannschaft besteht im Heben und Ringen aus je fünf Sportgenossen. Heben unbenutztes Körpergewicht; Ringen Feder-, Leicht-, mittleres, schweres Mittel- und Schwergewicht. Das Startgeld beträgt für jede Mannschaft 100 Mk. Meldungen ohne Startgeld werden nicht angenommen. Zu jeder Mannschaft können auch Ersatzleute gemeldet werden. Meldefrist ist der 11. Februar. Die Meldungen sind an Sportgenossen Grzmühle, Jahnsstraße 25, zu richten. Die nächste Bezirkskündigung findet am 11. Februar statt. Das Lokal wird noch bekanntgegeben. Die Bezirksleitung.

Neue kommunistische Literatur.

Jugend-Internationale.

Kampforgan der kommunistischen Jugendinternationale, Nr. 4/5 des 4. Jahrganges, ist wieder in guter Ausstattung erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Volny. Der Kampf gegen den Krieg. — Jacques Vorlot. Die Kriegsdrohungen und die Jugend. Der Generalstab der proletarischen Revolution; Bericht des Gen. Einemio auf dem 3. Weltkongress der K.P.D. — Der 3. Kongress der K.P.D. — A. Schapka. Der Weg zu den Massen. — D. Zarchanow. Megalomanie und Massenarbeit. — R. Goppner. Die Betriebsratbewegung und die K.P.D. — A. Jigler. Die Bildungsarbeit nach dem 3. Kongress. — F. J. Andersen. „Aus der Jugendinternationale“, „Kommunistische Studentenbewegung“, „Aus den anderen Jugendinternationales“ bringen gutes Material über die internationale proletarische Jugendbewegung. — Im Feuilleton: Leo Trotski, Meiner Flucht aus Sibirien. — R. Warbur. Jerry Nigger. Tod eines Revolutionärs. — Deutsch von Germania zur Mühlen. Die Zielsetzung eines ungarischen Jugendgenossen veranschaulicht die Worte von Oskar Korschel. „Proletariat erschlagen! — Wer trägt danach?“ — „Wir, Proleten, wir fragen danach!“

Das proletarische Kind Nr. 2 ist wieder erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Arbeiterkinder handeln. — Der Schwarm in Lüneburg. — Aus der Praxis für die Praxis: Kindergruppe Lübeck. — Kindergruppenleiterkonferenz in Essen. — Die „Deutsche Zeitung“ als Lehrbuch. — Verfassungswidriger Volkskulturtätigkeit und seine Folgen. — Bulgarische Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie. — Ein Jahr Kinderhilfe. — Die Schule der Arbeiterkinder. — Aus der Kindergruppenbewegung. — Aus der Lehrerbewegung. — Notizen.

Notales.

Breslau.

Wenn Ihr sammelt, so sammelt für Euren Kampf!
Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Eure Gewerkschaftsführer wenden sich in einem Aufruf an Euch jeweils Sammlungen für die Ruhrhilfe. Ihr sollt den nationalitätlichen Kammeln nicht nur ideell sondern auch finanziell unterstützen. „Vollsoffer“ heißt der neueste nationalitätliche Schwindel. Ihr sollt von Euren Hungerlöhne auch noch einen Teil pro Woche abführen, damit eure Unterdrücker, die deutschen Kapitalisten, desto bessere Geldhülle mit dem „Erbfeind“ abschließen können.

Als die Arbeiterkinder Ludwigshafens in schwerem Kampf gegen ein brutales Unternehmertum stand, da waren es die Gewerkschaftsbürokraten, die die Sammlungen, welche von dem Reichsausschuss der deutschen Betriebsräte organisiert wurden, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln sabotiert haben. Ja, nicht nur sabotiert, sondern der A.F.B. hat die gesammelten Gelder in Höhe von 3023 58 Mk. den hungernden Ausgepeinigten nicht übergeben. Immer noch liegen 1200 gemahregelte Kollegen Ludwigshafens auf der Straße, als Opfer des Verrates der Gewerkschaftsbürokratie.

Darum Proletariat, keinen Penny für dieses sogenannte Vollsoffer. Wer etwas erübrigt, der zehnet für den Kampf Fonds des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte, damit zunächst die gemahregelten Kollegen Ludwigshafens nicht dem Hungertode zum Opfer fallen, und weiter, damit der Kampf verkräftet fortgesetzt werden kann gegen den nationalitätlichen Kammeln, gegen die kapitalistische Regierung, für die Arbeiterregierung.

Wenn Ihr nicht dauernd überlistet werden wollt, so nehmt sofort in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen Stellung gegen den nationalitätlichen Sammel-Kammeln. Fort mit den Betriebsräten und Gewerkschaftsmitgliedern, die diesen patriotischen Kammeln unterstützen ohne Euch vorher zu betragen.

Proletariat! Wenn Ihr wisst, was mit den Sammlungen „Brüder in Not“ und „Ruhrsoffer“ beabsichtigt wird, so erhebt zahlreich zu der heute, Mittwoch, den 7. Februar, abends 7 1/2 Uhr in den „Central-Hallen“, Wendenstr. 50/52 stattfindenden öffentlichen Volksversammlung.

Dort wird verhandelt über das Thema: Vaterländische Streikliste oder proletarische Solidarität? Keine Unterstützung Eurer Klassenfeinde! Stärkt den Kampf Fonds der Betriebsräte! Laßt eure Brüder in Ludwigshafen nicht verhungern! Geschlossener Kampf gegen das Kapital und die kapitalistische Regierung.

Es lebe die proletarische Solidarität!

Es lebe die Arbeiterregierung!

Betriebs-Räte, Bezirks-Ausschuss Breslau.

Betriebsratkassierungen und weitere Entlassungen bei der städtischen Straßenbahn.

Bereits in der vergangenen Woche berichteten wir ausführlich darüber, daß am 12. Februar 240 Straßenbahner von der Duxstraße kassiert wurden und mit Hilfe der Betriebsräte dabei mit größter Entschlossenheit und Widerstand gegen die Maßnahmen der städtischen Verwaltung und der städtischen Polizei die städtische Straßenbahn zum Stillstand gebracht wurde. Am Sonntag, den 19. Februar, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Montag, den 20. Februar, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Dienstag, den 21. Februar, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Mittwoch, den 22. Februar, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Donnerstag, den 23. Februar, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Freitag, den 24. Februar, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Samstag, den 25. Februar, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Sonntag, den 26. Februar, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Montag, den 27. Februar, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Dienstag, den 28. Februar, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Mittwoch, den 29. Februar, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Donnerstag, den 30. Februar, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Freitag, den 1. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Samstag, den 2. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Sonntag, den 3. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Montag, den 4. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Dienstag, den 5. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Mittwoch, den 6. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Donnerstag, den 7. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Freitag, den 8. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Samstag, den 9. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Sonntag, den 10. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Montag, den 11. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Dienstag, den 12. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Mittwoch, den 13. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Donnerstag, den 14. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Freitag, den 15. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Samstag, den 16. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Sonntag, den 17. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Montag, den 18. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Dienstag, den 19. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Mittwoch, den 20. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Donnerstag, den 21. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Freitag, den 22. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Samstag, den 23. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Sonntag, den 24. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Montag, den 25. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Dienstag, den 26. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Mittwoch, den 27. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Donnerstag, den 28. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Freitag, den 29. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Samstag, den 30. März, wurden 100 Arbeiter kassiert. Am Sonntag, den 31. März, wurden 100 Arbeiter kassiert.

von Schein bis Ring, Linie 5 soll nur noch selbst zwischen Schlachthof und Ohlauer Tor, in der übrigen Zeit des Tages nur zwischen Ring und Ohlauer Tor, mit Umsteigeberechtigung (Mittwoch, Doppeltag Linie 6) verkehren. Linie 6 soll nur noch alle 15 Minuten bis Pöpelwitz Stadtgrenze, sonst bis Schlachthof verkehren (ein Zug bis Schlachthof, der nächste bis Stadtgrenze), Linie 3 soll fahren ebenfalls ein Zug bis Südpark, der nächste bis zur Schützenborststraße. Für Linie 3 soll die Verkehrszeit früh auf 1, nachmittags auf 2 Stunden festgesetzt werden.

Es ist klar, wenn diese Verkehrsbeschränkungen durchgeführt werden, müssen noch weitere Entlassungen der Straßenbahner stattfinden. In leichtfertiger Weise springt die Direktion der städtischen Straßenbahn mit den Christen ihrer Angestellten um. Die Gefahr der Entlassung schwebt nun über jedem Straßenbahner. Daran müssen nun auch alle Straßenbahner erkennen, daß es hohe Zeit ist, den geschlossenen Abwehrkampf aufzunehmen. Gelingt es der Straßenbahndirektion,

Jugend heraus

zur öffentlichen Jugendversammlung am Freitag, den 9. Februar, abends 7 Uhr in den Hubertuskäfen, Friedr.-Wilh.-Str.

Jugendproletariat! Vereinigt Euch zum Kampf gegen ein neues Völkermorden!

Erscheint reflex in der Versammlung! Bringt eure Freunde und Kollegen, eure Eltern und erwachsenen Geschwister mit! Sorgt für Massenbesuch!

Genosse Fritz Kugel spricht über: Der nahende Entscheidungskampf!

die gefährdeten 240 Mann aufs Pflaster zu werfen, dann wird sie es spärer um so leichter haben, weitere Entlassungen durchzuführen. Gelingt es aber der Straßenbahnerschaft, durch geschlossenen Widerstand die Entlassung der 240 zu verhindern, dann haben die Straßenbahner ein Bollwerk geschaffen, das die Direktion vor weiteren Provokationen zurückhalten wird.

Den Bericht über die Mitteljahresversammlung der A.F.B. können wir aus technischen Gründen erst morgen veröffentlichen.

Auflösung. Für unseren Umbau gingen ein: Ortsgruppe Freiburg i. Br., A., Stegwig ein Bad Nagel. Den Gehern bitten Dank. Produktiv-Genossenschaft, Jülicher.

Notgeld der Stadt Breslau. Die im Verkehr befindlichen Guthabene der Stadt Breslau haben mit dem 3. Februar ihre Umlaufbarkeit verloren und können bis zum 5. März 1923 bei der städtischen Kasse eingelöst werden. Näheres siehe Zinserat der heutigen Nummer.

Altmarker. Leichterliche Volksversammlung der A.F.B. Am Freitag, den 2. h. März fand im „Weigen Hof“ eine öffentliche Volksversammlung der A.F.B. statt. Trotz dem wieder die Plakate abgerissen worden waren, war der Saal bis an den letzten Platz besetzt. Genosse Schulz sprach über: Die Ruhrbesetzung und die Stellungnahme der Kommunisten. Er zeigte an Beispielen, daß die Besetzung des Ruhrgebietes weiter nichts ist als ein Geschäft der deutschen und französischen Kapitalisten. Der Ruhrloß sollte mit dem französischen Erz verbunden werden, weil ihn die französischen Kapitalisten brauchen. 1. zum Verhüten ihres Ruhestandes, und 2. weil sie damit gute Geschäfte machen können. Das paßt den deutschen Kapitalisten nicht. Einmal und Konfakte verweigerten deshalb bei dem Zusammenbruch Frankreichs oder Englands Anschluß zu finden. Ihr Streben ging dahin, den Ruhrloß mit dem französischen Erz auf friedlichen Wege zu vereinigen. Das Geschick, welches die deutschen Kapitalisten nach der Besetzung erhoben, zeigte, daß man am liebsten einen neuen Krieg mit Frankreich ausbrechen hätte. Die Arbeiterkinder muß deshalb mehr auf dem Boden sein und die Augen offen halten. Genau wie 1914 gehen heute wieder die sozialdemokratischen Partei- und die Gewerkschaftsführer Arm in Arm mit den Unternehmern, das deutsche Vaterland zu retten, und alle Kräfte des Krieges und der Kriegsgewinn auf die Kapitalisten der Arbeiterkinder abzuwälzen. Die Arbeit zwischen der Besetzung und der weiteren Besetzung und der kapitalistischen Oberschicht vertritt und vertritt sich immer mehr. Auf der einen Seite wächst das Elend, auf der anderen Seite macht sich ein katastrophaler Luxus breit. Der Reallohn der Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten sinkt immer tiefer. Das Elend der Jugend, der Arbeiter, der Arbeiterkinder, ist unbeschreiblich geworden. Die Arbeiterkinder, deren Zahl wieder im Steigen ist, bekommen eine Unterstützung, bei der sie buchstäblich am Hungertuche nagen. Den Besessenen wird ein Streikverbot nach dem andern gemacht, bei den Arbeiterkinder dagegen an jedem Lehrtage der schulpflichtigen Abzug verweigert durchgesetzt. Dies geschieht alles unter der Parole: „Nur Arbeit kann was retten.“ Ja, den Arbeitgebern hat man sogar die acht Stunden arbeitstages. Genosse Schulz fragte, ob solche Leute noch ein Recht haben, sich Arbeiterkinder zu nennen. Die Arbeiterkinder sind nur noch ein Stück der Kapitalistenkinder und eintreten in die Partei des revolutionären Klassenkampfes. Der Kampf gegen die erdrückende Steuerlast, für Erhöhung der Sachwerte, für Kostensenkung der Produktion wird niemals von einer Einheitsregierung, die Gewerkschaften und Parteienkinder unterstützen wird, durchgeführt werden. Die Arbeiterkinder muß den Kampf aufnehmen zum Sturz der kapitalistischen Regierung und Aufhebung einer Arbeiterregierung. Die Arbeiterregierung muß und wird allein das durchführbare Organ des revolutionären Kampfes für alle proletarischen Arbeiterkinder sein. — Ja, der Distinktion wählten sich auch einige Genossen zum Wort, die im Sinne des Referats sprachen. Genosse Fageli sprach noch von der Organisation der konfessionellen Schulen. Jeder Arbeiter ist verpflichtet, seine Kinder als freie Menschen erziehen zu lassen und mit je länger je mehr die weltliche Schule. Am kommenden Sonntag, nachmittags 1 Uhr, findet in diesem Saale eine öffentliche Elternversammlung statt, wo Herr Schulz Referat über die bevorstehenden Elternkinderwahlen machen wird. — Im Schlußwort sprach sich Genosse Schulz für, daß die Eltern Sozialdemokraten und Arbeiterkinderkinder nicht den Wert, welches Genossen entgegenzutreten. Genosse Schulz forderte die Arbeiterkinder auf, endlich zu erkennen, daß die Kapitalisten, bis zu dem Punkte, wo, beginnen, die Arbeiterkinder bis zum Rand auszunutzen. Der einzige Weg kann nur sein, sich selbst zu helfen. Die Arbeiterkinder müssen sich mit den Arbeiterkinderkinder organisieren. Mit den Arbeiterkinder, ein Kampf der Tag, da werden wir uns helfen, denn werden wir die Arbeiterkinder nicht helfen, werden wir keine Arbeiterkinder sein. Eine Tagesversammlung ergibt den Betrag von 200 Mk. Außerdem wurden für 2000 Mk. Prospekt, 20 Jahreskalender, 14 Gewerkschaften und eine Anzahl Arbeiterkinderkinder verkauft.

Waldenburg. Ein Kastenbrot 665 Mark. Ab Montag sind neue Brot- und Mehlpreise in Kraft getreten, nach denen ein Brot im Gewicht von 1800 Gramm 665 Mark kostet.

Schossdorf. Die deutschnationale Volkspartei veranstaltete hier am 26. Januar einen nationalen Rummel. Zwei Lebewesen der Patrioten waren die Teilnehmer an dieser Veranstaltung meist Arbeiter. Ein Herr aus Stettin referierte über „Deutschlands Schicksalstunde“. Er ritt gegen den Nationalitätlichen Kammeln und lobte die K.P.D. und Gewerkschaftsführer, die für Mehrarbeit eingetreten sind. Ein besonderes Loblied sang er bezeichnenderweise auf Ebert und Scheidemann. — In der Diskussion rechnete Gen. Mai, Weibshorn, gründlich mit dem Referenten ab. Er wies die Schuld der Bourgeoisie an der Ruhrbesetzung und die Arbeiterkinderfeindschaft der Regierung Cuno nach. Seine Ausführungen wurden von den Arbeitern mit großem Beifall aufgenommen. Im Schlußwort versuchte der Referent eine große Kommunistenhebe zu veranstalten. Als er sich der Versammlung dann als waschechter Monarchist entpuppte, rief den Arbeitern der Geduldsfaden. Sie machten dem Kammeln ein Ende, indem sie begeistert die Internationale anstimmten, was auf der Gegenseite den Gesang „Deutschland über alles“ auslöste. Die ruhigen Stimmen der Arbeiter überdünnten aber das Gewinsel der Deutschnationalen. Lange noch mag ihnen der Feldruf des Proletariats in den Ohren geklungen haben.

Wüstegiersdorf. Wir fragen an, Herr Gemeindevorsteher! Von einem Arbeiter wird uns folgendes mitgeteilt: Im Februar 1921 wurde mir vom hiesigen Wohnungsamt eine Wohnung überwiesen von einem Flächeninhalt von 16 qm. Vom Vorsitzenden des Wohnungsamtes, Herrn Gemeindevorsteher Söbinger, wurde aber später erklärt, daß dies nur eine Notwohnung sei. Da ich mit meiner Frau und einem Kind kaum Platz in dieser Wohnung habe, bin ich schon mehrere Male vorstellig geworden um Zuweisung einer größeren Wohnung. Vom Schöpfer Vochmann des Wohnungsamtes wurde mir nun, da ich abernials vorstellig wurde, mitgeteilt, daß der Vorsitzende im unterbreitet habe, mich in der Wohnungsliste zu streichen. Hiermit wird mir nun jede Hoffnung genommen. Dazu habe ich auf Familienzuwachs in nächster Zeit zu rechnen. Wo ich dann das zweite Kind hinclegen soll, weiß ich nicht. Jedensfalls werde ich es dann eben dem Wohnungsamt übergeben müssen. Gerade für unseren Ort ist es bezeichnend, wo ein Drittel der Einwohner 5 bis 6 und noch mehr Zimmer bewohnen, müssen Arbeiter in Wägen hausen. Wir fragen den Vorsitzenden des Wohnungsamtes, ob das demokratisch, und ob man im Rahmen des Gesetzes da nichts unternehmen will? Wir wissen, daß diese Zeiten unbeachtet bleiben werden, aber allen Arbeitern rufen wir zu: Wie lange noch wollt ihr euch das bieten lassen? Da in der nächsten Zeit die Neuwahl der Wohnungskommission stattfindet, möchten wir jetzt schon die Arbeitkollegen, welche gewählt werden, auf diese Sache besonders aufmerksam machen.

Genosse! Werbe für Dein Partei-Organ!
Genossin! Tu auch Du Deine Pflicht!

Bersammlungs-Kalender.

Für jed. Zeile unt. dies. Rubrik muß ein Betrag von 10 Pf. gezahlt wert.

- | | |
|------------|---|
| KJD | Bezirksleitung: Max Gläfer, Breslau 1, Nikolaifl. 46.
Postfachkonto: Breslau 6795 Max Gläfer. |
| Breslau. | Alle Genossen, die Delegierte des Jugendrates sind, müssen unbedingt Donnerstag, den 8. Februar, abends 8 Uhr, im Parteibüro erscheinen. |
| — | Alle Genossen, die in der Metallindustrie beschäftigt sind, treffen sich am Donnerstag, den 8. Februar, abends 7 Uhr, zu einer wichtigen Besprechung im Parteibüro. Jeder Genosse muß unbedingt erscheinen. |
| — | Heim Luxemburg. Mittwoch, 7. Februar, abends 7 Uhr, Schulhaus, Proletariat, 8-12 Fortsetzung des Vortrags über: Die Arbeitsschul in Sowjetrußland. Referent: Genosse Wonden. Gäste willkommen. |
| — | Böhlenhain. Mittwoch, den 7. Februar, im Gasthof zum „Grünen Baum“, abends. |
| — | Mittwoch, den 14. Februar, Sonntag über gegenwärtige Jugendbewegung. |
| — | Am 17. und 18. Februar, Parteikadettenschein beim Genossen Gledel. |
| — | Fellhammer. Sonntag, den 11. Februar, nachm. 2 Uhr, in der evang. Schule, abends: Fragestunde Diskussion und Literaturabend. |
| — | Freiburg. Montag, den 12. Februar, Primabend. Genosse Schmidt spricht über die Genossenschaft der Arbeiterbewegung. |
| — | Jeden Mittwoch, findet beim Genossen Jung Funktionärkurs statt. |
| — | Gottesberg. Sonntag, vorm. 10 Uhr, öffentliche Jugendversammlung. |
| — | Waldenburg. Donnerstag, Sonntag. End Unterhaltungsabend. |
| — | Zwanziger. Vortrag: Bürgerliche und rote Armee. |
| — | Zur Ausflugs nach Langenbielau fällt aus, und wir fahren Sonntag, den 11. Februar, nachmittags, nach Freiburg. Treffpunkt 12.30 Uhr im Heim. |

Gewerkschaften

Freiburg. Donnerstag, den 8. Februar, abends 7 Uhr, im „Bachwald“ (Hein. End) Vortragsabend.

Andere Organisationen

Zelzerte. Gemeinschaft proletarischer Freidenker. Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 4 Uhr, findet im Restaurant „Strand“, Zaborge, Vortrag, eine öffentliche Fragestunde statt. Vortrag: Die Frau und die christliche Kirche. Erwünschte Mitglieder haben zu erscheinen. Sympathisierende, speziell Frauen, sind uns herzlich willkommen.

Verantwortl. f. d. gef. Inhalt: E. h. A. n. s. i.; Interate: Max F. J. Schöcher. Druck und Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, a. O. m. b. H. sämtlich in Breslau.

Schauspielhaus. Die noch in Verkehr befindlichen Guthabene der Stadt Breslau verlieren am 5. Februar 1923 ihre Umlaufbarkeit. Wir rufen sie hiermit zur Einlösung bei einer städtischen Kasse bis zum 5. März 1923 auf. Nach diesem Tage haben die Guthabene keine Gültigkeit mehr.
Die Geißha. Der Magistrat.

Jugendliche Arbeiter, Arbeiterinnen, Lehrlinge v. Gottesberg
Sonntag, den 11. Februar, vorm. 10 Uhr im Gasthof zum „Blauen Hirsch“
Öffentliche Jugendversammlung
Genosse Ledatke (Waldh.) spricht über
Die historische Entwicklung der proletarischen Jugendbewegung und die Not der Jugend.
Erscheint in Massen. K. J. D.